

28. April 2009

DIE FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE: EIN AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT

ERKLÄRUNG DER ÖSTERREICHISCHEN KOMMISSION IUSTITIA ET PAX

Die globale Finanzkrise erfasst gegenwärtig mit Wucht die Realwirtschaft. Ihre Folgen werden in nächster Zeit für eine noch größere Zahl von Menschen in Österreich, Europa und vor allem in den ärmeren Ländern existentiell spürbar werden. Diese Situation ist äußerst Besorgnis erregend. Die vorliegende Erklärung versteht sich als Beitrag zu einer dringlichen öffentlichen Debatte über die gesellschaftlichen und sozialen Fragen, die sich daraus ergeben.

1. Wirtschaft braucht Tugenden - Moral als Sockel der Gesellschaft

Moral ist die Grundlage jeder Gesellschaft ebenso wie der Wirtschaft. Ohne Moral gibt es kein Vertrauen. Wenn wir uns nicht mehr darauf verlassen können, dass andere sich nach den Regeln des Rechts und Anstands verhalten, bröckeln die Fundamente des sozialen Lebens. Die gesamte Wirtschaft ruht auf einem unsichtbaren Sockel moralischer Verhaltensweisen auf. Sie ist für ihr Funktionieren auf Gesetzes- und Vertragstreue, auf Fairness, aber auch auf das rechte Maß z. B. in der Risikobereitschaft, also auf Grundtugenden zwischenmenschlichen Verhaltens, angewiesen.¹ Deren Erosion führt zu einem Vertrauensverlust zwischen den wirtschaftlichen Akteuren, wie wir ihn heute so dramatisch als einen wesentlichen Grund der globalen Krise erleben.

Ein allein von Eigeninteressen geleitetes Handeln bietet keine ausreichende Basis für den nötigen sozialen Zusammenhalt. Verengt sich Eigeninteresse in der Wirtschaft zu zunehmend kurzfristiger Maximierung, gerät die Wirtschaft selbst in die Krise.

Angesichts exzessiver Gagen Gewinne, und Risiken eingegangen wurden, fragen sich zudem viele, wo die Grenze zur sozial schädlichen Gier liegt.

Wir müssen jedoch zugeben, dass diese Auswüchse auch Teil eines gesellschaftlichen Klimas sind, in dem materieller Wohlstand überbewertet wird. Die gegenwärtige Krise ist hier eine Chance zum Umdenken: Eigentum ist kein oberster Wert. Besitz ist kein Vorrecht, sich die besten Plätze zu sichern.² Wirtschaftliche Freiheit bedarf der Verantwortung, der Solidarität und Gerechtigkeit, also der Bereitschaft, auch anderen gute Lebenschancen zuzugestehen und sie zu fördern.

2. Neuorientierung am Gemeinwohl und ein Mehr an Solidarität

Die Realisierung des allgemeinen Wohls ist erste Aufgabe und Ziel der Politik. Das ist aufgrund der Orientierung am Eigennutz und einer ungezähmten wirtschaftlichen

¹ Diese These, die als Böckenförde-Paradoxon in die Literatur eingegangen ist, lässt sich analog auf die Wirtschaft übertragen.

² So der Hl. Basilius, *Patrologia Graeca* 31, 275.

Globalisierung vielfach aus dem Blick geraten. Es geht daher darum, die Bedeutung und den Wert des Gemeinwohls neu zu entdecken und auf nationaler, europäischer und globaler Ebene die entsprechenden politischen Maßnahmen zu setzen.³ Dazu ist die Politik auf die Bereitschaft aller zur Solidarität, vor allem mit den wirtschaftlich Schwächeren, angewiesen.

National: Die globale Wirtschaftskrise wird – auch wenn das Ausmaß nicht genau bestimmbar ist - in der kommenden Zeit in Österreich zur Zunahme der Arbeitslosigkeit, zu Insolvenzen und zum Schrumpfen der Wirtschaft insgesamt führen. In dieser Situation appellieren wir an die Politiker und alle Verantwortlichen, sich um eine gerechte Verteilung der so entstehenden Lasten zwischen den sozialen Gruppen und auch den Generationen zu bemühen. Überdies bedarf es für die Akzeptanz der notwendigen einschneidenden Maßnahmen einer breiten öffentlichen Debatte. Menschen brauchen Erklärung und Information. Sie müssen darauf vorbereitet werden, dass solidarische Verzichte notwendig sein könnten. Das hohe allgemeine Wohlstandsniveau in Österreich ermöglicht eine soziale Mindestsicherung für jene, die wirtschaftlich am Rande stehen. Eine sozial gerechte Bewältigung der Krise wird jedoch nur gelingen, wenn Gruppeninteressen und egoistische Selbstbezogenheit zurückgestellt werden; wenn die Bereitschaft zur Solidarität der Größe der Probleme entspricht. Die Bereitstellung staatlicher Mittel, um systemrelevante Unternehmungen, vor allem im Finanzsektor zu stützen, ist zur Abwehr katastrophaler Schneeballeffekte notwendig. Dies erhöht jedoch die bereits hohe Staatsverschuldung, die wir der nächsten Generation vererben. Solche Maßnahmen sollten daher nicht ohne Gegenleistungen und unter Einbezug der Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und zukunftsorientierter Nachhaltigkeit erfolgen. Zudem wird die Besteuerung von Vermögen unvermeidlich sein, wenn nicht jene, die bereits jetzt unter der Krise leiden, überproportional belastet werden sollen.

Die schwierige Situation, in die Menschen geraten, wenn sie ihre Arbeit und damit auch ihre Lebensperspektive durch Massenentlassungen verlieren, fordert die Kirche pastoral und karitativ massiv heraus. Dafür tragfähige Konzepte zu entwickeln, stellt eine zentrale Aufgabe dar.

Europäisch: Die Wirtschaftskrise trifft die Bevölkerung anderer europäischer Staaten vielfach noch härter. Dies gilt vor allem für unsere Nachbarländer, die sich eben erst von Kommunismus und Transformation zu erholen begonnen haben. Die bereits großen Differenzen im Lebensstandard innerhalb der EU werden so weiter wachsen. Dies kann den erreichten Stand der Einigung gefährden. Es braucht daher ein hohes Maß an innereuropäischer Solidarität, um den eben erst begonnenen Aufbau weiter zu unterstützen und den sozial schwachen Bevölkerungsschichten überall einen minimalen Lebensstandard zu gewährleisten. Wir dürfen wachsendes soziales Elend in unserem europäischen Umfeld nicht zulassen. Angesichts des EU-Jahres gegen Armut und soziale Exklusion 2010 sollten alle Parteien sich für eine menschenwürdige Existenz aller und einen sozialen Ausgleich innerhalb von Europa einsetzen. Das ist zudem ein politischer Imperativ, da die Lebensfähigkeit der jungen Demokratien und der soziale Friede davon abhängen könnten.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten können jedoch auch ein *kairos* für die europäische Einigung sein. Sie könnten zur Intensivierung und Vertiefung der politischen Integration führen, die notwendig ist, um die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Dies wäre nicht nur für Europa, sondern auch für die Weltwirtschaft ein wichtiger Schritt vorwärts.

³ „Der Staat hat die Aufgabe, den rechtlichen Rahmen zu erstellen, innerhalb dessen sich das Wirtschaftsleben entfalten kann. Damit schafft er die Grundvoraussetzung für eine freie Wirtschaft, die in einer gewissen Gleichheit unter den Beteiligten besteht, so dass der eine nicht so übermäßig wird, dass er den anderen praktisch zur Sklaverei verurteilt.“ (Centesimus annus 15). Was dies für eine Weltwirtschaft bedeutet, wie ein universales Gemeinwohl, das durch die „freie Übereinkunft aller Völker begründet... wird?“, aussieht, fragte Pacem in terris (138ff.). Wie soll in Zeiten, in denen die soziale Frage „eine weltweite Dimension erlangt hat, ... die Forderung nach Gerechtigkeit global erfüllt werden?“ (SRS 10).

Global: Die armen Länder außerhalb Europas sind ebenso wie die Armen allgemein am härtesten von einer Wirtschaftskrise betroffen, die sie nicht verschuldet haben. Durch sinkende Handelseinnahmen, den Abzug bzw. das Versiegen von Auslandsinvestitionen, weitere Verschuldungen, den Rückgang der Überweisungen von Arbeitsmigranten, bzw. deren Heimkehr aufgrund von Arbeitslosigkeit fallen Millionen Menschen in extreme Armut zurück. Aus Gründen der Gerechtigkeit soll die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) bis 2015 auf 0,7% angehoben werden und sollen Maßnahmen getroffen werden, um eine Verschlimmerung der Schuldenkrise zu verhindern.

3. Die Wirtschaftskrise als Chance

Die Ursachen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sind vielfältig. Die Abkoppelung der Finanzmärkte und ihrer Produkte von der Realwirtschaft und der globale Zwang zur immer kurzfristigeren Maximierung der Renditen unter Wettbewerbsdruck haben wesentlich dazu beigetragen. Es war lange bekannt, dass beides zu schweren wirtschaftlichen Verzerrungen führt. Vor allem aber hatte der irrige Glaube an eine bedingungslose Selbststabilisierung des Marktes, an eine „reine“ Marktwirtschaft ohne staatliche bzw. internationale Rahmenbedingungen verheerend gewirkt. Papst Johannes Paul II. hat von einem „einfältigen Optimismus mechanistischer Art“ gesprochen.⁴ Die Liberalisierung der Finanzmärkte entzog sie weitgehend dem Einfluss effizienter und gemeinwohlorientierter öffentlicher Regulierung. Eine globale Marktwirtschaft braucht globale Regelungen. Wird es unter dem Schock der Krise gelingen, nicht nur Schadensbegrenzung zu betreiben, sondern eine globale Wirtschaftsordnung im Sinne des Weltgemeinwohls zu schaffen?

Der internationale Finanzsektor muss im Dienst der Realwirtschaft neu geordnet werden. Es ist ermutigend, dass hier bereits erste Absichtserklärungen vorliegen (des G20-Gipfels), die nun zügig umgesetzt werden sollten. Es braucht eine Stabilisierung des Finanzsystems durch eine Finanztransaktionssteuer, um die Risiken kurzfristiger Finanzströme zu reduzieren, und die Einrichtung eines Fonds für die ärmeren Staaten (wie ihn der Präsident der Weltbank gefordert hat), strengere Regeln für Banken insgesamt und das Verbot besonders riskanter Spekulationsprodukte. Eine größere Steuerdisziplin durch die Schließung von Steueroasen kann zu mehr Gerechtigkeit beitragen.⁵ Zugleich ist zu betonen, dass die Wirtschaft als Ganze im Dienste aller Menschen weltweit steht. Die Politik ist hier gefordert, Regelungen anzustreben, die einen weltweiten sozialen Ausgleich ermöglichen und ökologisch vertretbar sind.

Die wirtschaftlichen Unternehmen können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Sie sind nicht nur Orte der Gewinnmaximierung, sondern zugleich auch soziale und ökologische Akteure, die ihre soziale und damit menschliche Verantwortung wahrnehmen. Ansätze dafür finden sich im Konzept der Corporate Social Responsibility, die weiter ausgebaut werden sollten, ebenso wie in der Möglichkeit ethisch-ökologischer Geldanlagen.

Die Situation stellt aber alle vor die Frage: Haben wir nicht unsere Wertordnung auf den Kopf gestellt und materielle Werte generell überschätzt? Sind Konsum, Ist Wirtschaftswachstum; Flexibilität und Mobilität nicht zu Fetischen geworden? Wie kann es gelingen, zerstörerischen Ressourcenverbrauch und die Umweltproblematik in den Griff zu bekommen? Wie können wir die Ökonomisierung aller Lebensbereiche überwinden und wieder mehr Zeit für andere und für kirchliches und zivilgesellschaftliches Engagement finden?

Eine Gewissenserforschung über diese und ähnliche Fragen sollte unter dem Druck der gegenwärtigen Umstände zum Umdenken führen. Sie könnte uns helfen, aus den Widersprüchen herauszufinden, in die wir uns ökonomisch und ökologisch verstrickt haben.

⁴ Sollicitudo rei socialis Nr. 27.

⁵ Wir möchten hier auf die detaillierten Diskussionsbeiträge katholischer und anderer Organisationen verweisen, die einen wichtigen Beitrag zur Debatte leisten, z.B. die Vorschläge der CIDSE vom Februar 2009.

Wir alle haben Spielräume, die wir nützen können, um ökologisch und sozial gerechter zu leben. Jeder kann seinen Lebensstil solidarischer gestalten. Jeder kann in einer Demokratie seine Stimme erheben, um den notwendigen Umbau mit zu tragen. Dieser persönliche Beitrag ist grundlegend. Und er kann viel bewirken und ist die Basis politischer Veränderungen.

Dies gibt die Hoffnung, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen Turbulenzen zu einer besseren, d.h. sozial gerechteren und ökologisch sinnvolleren Weltordnung und einer Besinnung auf menschliche Werte führen. Es wird dazu einen langen Atem brauchen. Die katholische Kirche als nationale und globale Institution wird sich wo immer möglich gemeinsam mit anderen Christen und den Vertretern anderer Religionsgemeinschaften dafür einsetzen. Sie will alles moralisch und intellektuell in ihrer Macht Stehende tun, damit trotz der zu erwartenden Umbrüche ein menschenwürdiges Leben für alle möglich ist.

Wien, am 28. April 2009

o. Univ.-Prof. MMag. Dr. Ingeborg Gabriel
Direktorin Österreichische Kommission Iustitia et Pax